



**Gemeinsamer**

## **FORDERUNGSKATALOG**

**des CSD Konstanz e.V. & des CSD Kreuzlingen**

**zum weltweit erstmals grenzüberschreitenden Christopher Street Day am**

**18. Juli 2009**

***Grenzenlos – Liebe an allen Ufern!***

### **1. Akzeptanz ohne Grenzen- weltweit!**

In Rund 80 Staaten der Erde wird Homosexualität strafrechtlich verfolgt- in etwa 10 Staaten sogar mit der Todesstrafe bedroht.

Wenn man sodann aus Riga und Moskau hört, dass die dortigen CSD's staatlich untersagt werden und mutige lesbische und schwule Demonstranten sich Repressionen und massiver Gewalt ausgesetzt sehen, zeigt das, dass wir auch im europäisch beeinflussbaren Raum vom vorurteilsfreien Umgang mit Homosexualität noch weit entfernt sind.

Selbst im vermeintlich liberalen Europa ist es mit der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen oft nicht weit her. So wurde 2008 in Tschechien der erste CSD des Landes von Rechtsradikalen mit Tränengas und Feuerwerkskörpern angegriffen. Auch in Polen ist die Lage nach wie vor besorgniserregend.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sowohl national, wie auch international, vehement für die Einhaltung der Menschenrechte für Homosexuelle einzutreten. Der Gleichheitsgrundsatz und die Menschenwürde sind unabhängig von der sexuellen Orientierung zu wahren. Über die Grenzen unseres Landes hinaus sollen die Grenzen in den Köpfen unserer Mitmenschen beseitigt werden, für ein Miteinander, das von gegenseitiger Achtung und Verständnis geprägt ist.

In diesem Zusammenhang fordern wir die Erweiterung des Artikels 3 Abs. 3 unseres Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“, um deutlich zu machen, dass die gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben und Schwulen so wichtig ist, dass ihr Verfassungsrang eingeräumt werden muss.

Dies beziehen wir auch auf die Schweiz, ja sogar global auf alle Staaten.

## **2. Rechtsextremismus und Hassverbrechen entgegentreten**

Wir fordern von allen Parteien sich dafür einzusetzen, dass die Situation von Schwulen, Lesben und Transsexuellen bei den staatlichen Programmen zur Gewaltprävention und Opferhilfe berücksichtigt wird.

Menschen, die nicht in das sogenannte „normale“ gesellschaftliche Raster passen, sehen sich tagtäglich Verunglimpfungen oder gar Angriffen ausgesetzt. Lesben, Schwule, Transsexuelle, Migrant\*innen und Menschen mit Behinderung sind hiervon besonders betroffen.

Die Polizei wird ihrer Aufgabe, diese Menschen zu schützen häufig nur unzureichend gerecht und beteiligt sich vereinzelt sogar an direkter psychischer und physischer Gewalt.

Daher fordern wir eine Erweiterung des nationalen Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus um die Bereiche Homophobie und antihomosexuelle Gewalt.

Ferner müssen in den Polizeistatistiken die antihomosexuellen Gewalttaten gesondert ausgewiesen werden. Nur so können hier wirksame Gegenmaßnahmen entwickelt werden.

Rechtes Gedankengut bedroht das friedliche Zusammenleben aller Menschen, so dass wir es als dringliche Aufgabe erachten, einer erstarkenden rechten Subkultur aktiv und engagiert zu begegnen. Unter dem Eindruck von vermehrten Berichten über Übergriffe auf Lesben und Schwule und der mehrfachen Schändung des Mahnmals für die in der NS-Zeit ermordeten Homosexuellen, ist uns bewusst, dass noch mehr Aufklärungsarbeit notwendig ist, um Lesben und Schwulen ein diskriminierungsfreies Leben zu ermöglichen.

Wir fordern von jedem in Deutschland, der Schweiz, ja global in allen Staaten, sich dem Erstarken radikaler Gruppierungen zu widersetzen und jeder Art antidemokratischen Verhaltens energisch entgegen zu treten.

Wir fordern ein verschärftes Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden bei hassmotivierten Gewalttaten und den stärkeren Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleiches.

Wir fordern die Sicherung der Arbeit von Gewaltpräventionsgruppen und Unterstützung sozialpädagogischer Projekte zur Prophylaxe von Gewaltverbrechen.

## **3. Kommunale Streichlisten**

Wir fordern die Kommunen und das Land auf, nicht bei den Minoritäten und Schwächsten zu sparen und jedermann eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Angesichts der wirtschaftlichen Krise drohen Kürzungen in den kommunalen Haushalten, was eine Bedrohung diverser Projekte und Vereine zu Folge hat.

Wir fordern ein Mehr an staatlich geförderten Offensiven und Programmen gegen Hassverbrechen zum Nachteil gesellschaftlicher Minderheiten. Es darf keine Kürzungen bei der Förderung schwul-lesbischer Projekte, noch eine Kürzung finanzieller Zuschüsse an Gruppen, Vereine, Initiativen, Selbsthilfeorganisationen etc. stattfinden.

Wir fordern eine Solidarisierung mit integrativen Projekten schwul-lesbischer Träger.

Wir fordern den Ausbau der Gesundheitsprävention, insbesondere bei sexuell übertragbaren Krankheiten wie Aids, Hepatitis, Syphilis etc. einschließlich

kostenloser Prophylaxemaßnahmen sowie der Krebsvorsorge bei Frauen (insbesondere Brustkrebsprophylaxe). Wir fordern das Landratsamt Konstanz auf, die anonyme, kostenfreie HIV-Beratung und -testung wieder in Konstanz, ggf. auch in Singen dezentral und zusätzlich zu Radolfzell als Standort des Gesundheitsamtes anzubieten. Nur so kommt die Hilfe auch sicher dort an, wo sie gebraucht wird.

#### **4. Rechtliche Gleichstellung**

In seinem Urteil vom Mai 2008 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass das derzeit geltende Transsexuellengesetz zumindest teilweise verfassungswidrig ist und forderte den Gesetzgeber auf, bis spätestens 1. August 2009 eine Regelung zu schaffen, die den Anforderungen unseres Grundgesetzes entspricht.

Durch die bisherige Regelung war eine Geschlechtsumwandlung einer verheirateten Person schlichtweg nicht möglich. Hierdurch wurde aufgezeigt wie unsinnig und lebensfremd die rechtliche Abstufung zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft ist. Diese Verletzungen in Art. 6 I GG und Art. 2 II GG sind nicht hinnehmbar.

Wir fordern den Gesetzgeber auf, im Zuge der Neugestaltung des Transsexuellengesetzes, Regelungen zu schaffen, durch welche die Voraussetzungen einer Geschlechtsumwandlung in einem zeitgemäßen und flexiblen Verfahren ermöglicht werden.

Daneben bestehen weitere Regelungen, welche die eingetragene Lebenspartnerschaft gegenüber der Ehe benachteiligen. Insbesondere in folgenden Punkten fehlt eine rechtliche Gleichstellung:

- Einkommensteuer: Durch das Ehegattensplitting bestehen erhebliche steuerliche Vorteile für Ehepaare.
- Erbschafts- und Schenkungssteuer: Die Erbschaftsteuerreform Anfang 2009 brachte zwar durch die Gleichstellung mit Ehepaaren beim Freibetrag eine erhebliche Verbesserung, beim Steuersatz für das übersteigende Vermögen werden eingetragene Lebenspartner jedoch weiterhin wie Fremde behandelt.
- Grunderwerbsteuer: Ehegatten können Grundvermögen untereinander oder an ihre Kinder steuerfrei verkaufen, der eingetragene Lebenspartner nicht.
- Die Zuständigkeit für die Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft wurde in Konstanz dem Landratsamt übertragen, welches den „Charme“ der KFZ- Zulassungsstelle hat. Wir fordern die Öffnung der Standesämter zur Begründung des Bundes fürs Leben für homosexuelle Paare.

Wir fordern eine vollständige Angleichung des Lebenspartnerschaftsgesetzes an die Ehe, so dass es eine „gleich gesicherte Form“ darstellt.

#### **5. Selbstbestimmung intersexueller Menschen**

Wir fordern den Staat dazu auf, auch intersexuellen Menschen das Menschenrecht auf Unversehrtheit nicht länger zu verweigern.

Direkt nach der Geburt werden Menschen mit „uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen“ einem der konstruierten Geschlechter „Mann“ oder „Frau“ angepasst. So muss im Ausweis eine eindeutige Geschlechtsbezeichnung vermerkt werden, medizinische Operationen und Hormongaben sollen physisch und psychisch ein eindeutiges Geschlecht herstellen. Die gewalttätigen Eingriffe führen häufig zu physischen und psychischen Beeinträchtigungen der Kinder.

Die betroffenen Menschen müssen in entsprechendem Alter selbst und selbstbestimmt darüber entscheiden können, ob und welcher Operation sie sich unterziehen wollen. In Ausweisen und amtlichen Dokumenten ist die Geschlechtsbezeichnung zu streichen oder zumindest eine dritte Bezeichnung („Zwitter“ oder „Anderes“) einzuführen, deren Wahl den Menschen freigestellt wird.

## **6. Sexualpädagogik**

Bildung und Erziehung sind Schlüssel zu einer offenen Gesellschaft. Durch toleranzfördernde Unterrichtseinheiten und Lehrbücher kann dies in der Praxis umgesetzt werden.

Im Zuge der inhaltlichen Neuerarbeitung der Lehrpläne fordern wir die Aufnahme einer modernen, aufgeklärten und toleranten Sexualpädagogik in den Lehrplänen der Schulen.

Homosexualität und Bisexualität werden immer noch weitestgehend totgeschwiegen, oder nur als Randerscheinung im Bereich der Sexualerziehung erwähnt. Gleichgeschlechtliche Liebe darf nicht nur ein Thema für den Biologieunterricht sein, Auch in Fächern wie Deutsch, Politik-/ Sozialkunde und Geschichte müssen Schülerinnen und Schüler über Lesben und Schwule informiert werden. Dabei geht es beispielsweise um Aufklärung zur Verfolgung Homosexueller in der NS-Zeit, aber auch um ihre Beiträge im kulturellen und politischen Leben. Eine qualifizierte Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte ist dabei unabdingbare Voraussetzung.

Wir fordern, dass die Landesregierung sich für Weiterbildungsangebote für Lehrer einsetzt, welche Vorurteile gegenüber verschiedenartigen Menschen abzubauen versuchen, sexuelle Aufklärungsarbeit leisten und nicht zuletzt ein offenes, tolerantes Miteinander bereits bei Kindern und Jugendlichen –den Erwachsenen von morgen– fördern.

Wir fordern eine deutliche Unterstützung von Aufklärungsprojekten an Schulen durch das Kultusministerium.

## **7. Gleiches Adoptionsrecht für homosexuelle Lebenspartnerschaften**

Wir fordern ein Adoptionsrecht, bei dem allein das Wohl des Kindes im Mittelpunkt steht- und nicht die sexuelle Orientierung und Lebensweise der Adoptiveltern.

Die Politik hat sich in der letzten Legislaturperiode mit diesem Problem nur sehr wenig beschäftigt. Um Auseinandersetzungen in der Koalition zu vermeiden, wurde dieses Thema mit einer Studie auf die lange Bank geschoben, deren Ergebnisse praktischerweise erst zum Ende der Legislaturperiode vorliegen. Fraglich ist hierbei ohnehin, was es noch zu erforschen gibt. Internationale Studien haben längst belegt, dass Kinder in Regenbogenfamilien sich nicht von Kindern unterscheiden, die bei Ehepaaren aufwachsen.

Diese Forderung versteht sich als ein Appell an die Europa- und Bundespolitik und sieht ihren Kern in der Erweiterung der bisherigen Regelungen des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Lesben und Schwule wollen sich nicht mehr nur mit der Pflegschaft zufrieden geben, sondern gezielt und rechtlich abgesichert die volle Verantwortung für Kinder übernehmen.

Seit 2005 besteht immerhin die Möglichkeit zur Stiefkindsadoption. Gegen diese Regelung ist jedoch vor dem Bundesverfassungsgericht eine Klage des Landes Bayern anhängig, die diese Regelung wieder beseitigen will. Die Entscheidung hierüber wird noch in diesem Jahr erwartet.

Wir fordern die Rücknahme dieser Klage und einen weiteren Ausbau der Adoptionsmöglichkeiten durch Homosexuelle, bis sie gleichgeschlechtlichen Paaren gleichgestellt sind.

## **8. Wir fordern von uns selbst**

Die queere Szene, die Community, ist aus den verschiedensten Gruppen und Gruppierungen zusammengesetzt. Wir fordern, dass innerhalb unserer Community jegliche Art von Diskriminierung, Ausgrenzung oder Ausbeutung von Minderheiten unterlassen wird.

Wir fordern die Akzeptanz von bisexuellen, intersexuellen, transgender und transsexuellen Menschen in unserer Gemeinschaft.

Insbesondere Behinderte sehen sich häufig Benachteiligungen ausgesetzt. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Wir fordern jeden auf, den Betroffenen mit den nötigen Einfühlungsvermögen und Respekt zu begegnen, den sie verdienen.

Wir fordern, dass sich die Community für die Älteren einsetzt. Die homosexuellen Senioren und Seniorinnen von Heute waren die Vorstreiter für die heutigen Rechte der Szene, die wir teilweise schon als Normalität ansehen. Die Community sollte sich der Pflege und besonderen Fürsorge für das Alter annehmen.

Diese Grundsätze verpflichten nach unserer Auffassung die queere Community weltweit, nicht nur in Deutschland und der Schweiz.



CSD Konstanz e.V. - Postfach 5068 - 78429 Konstanz – Email [info@csd-konstanz.de](mailto:info@csd-konstanz.de)



CSD Kreuzlingen – Postfach 1206 – CH-8280 Kreuzlingen – Email [info@csd-kreuzlingen.ch](mailto:info@csd-kreuzlingen.ch)

V.i.S.d.P. Stefan Baier  
Konstanz/Kreuzlingen 26.06.2009